

*Stefan Bollinger*

## **Afghanistan – Friedhof der Großmächte?**

### **Es ging und geht um imperialistische Machtpolitik, nicht um Frauenrechte und Demokratie<sup>1</sup>**

„Wenn jedermann tot ist, ist das große Spiel zu Ende. Nicht früher.“ „The Great Game“, das große Spiel, ist das Codewort, das hier im Dialog mit dem britischen Geheimagenten Kim fällt, als der im vorvorigen Jahrhundert in das Spiel der damals interessierten Großmächte Großbritannien und Russland mitmischen wollte. Die Zeiten Rudyard Kiplings sind lange vorbei, noch sind nicht alle in Zentralasien, auch in Afghanistan, tot.

Die Medien waren im August 2021 voll von Schreckensbildern eines sich auflösenden Staates am Hindukusch. Tausende strömten zum Kabuler Flughafen, um im letzten Moment ihr Leben zu retten. Westliche Politiker und Medien sind erschrocken, dass ein angeblich zwanzig Jahre dauernder Krieg, der zehntausenden Afghanen und Regierungssoldaten, Aufständigen oder Zivilisten, aber auch tausenden westlichen Soldaten und Helfern das Leben gekostet hat, so unrühmlich zu Ende ging. Der Kabuler Flughafen als der letzte Hort der Freiheit, von Weißen mehr schlecht als recht behauptet, die sich als Herren über Leben und Tod ängstlicher Afghaninnen und Afghanen mit deren Kindern aufspielten und sich nochmals beweisen wollten.

Die Kommentare erinnerten, dass die Briten im 19., die Sowjets im 20. Jahrhundert und nun die „westliche Staaten- und Wertegemeinschaft“ an diesen eigensinnigen, bärtigen, strikt religiösen Kämpfern für ihren Glauben und ihr Land, wohl genauer ihrer Clans, gescheitert sind. Chris Patton, jener britischer Gouverneur, der einst die Kronkolonie Hongkong – immerhin ehrenhaft – der Volksrepublik China übergeben musste, urteilt nüchtern: „Es stimmt, Afghanistan hat einen wohlverdienten Ruf, ein politischer Friedhof zu sein, aber auch ein echter.“ Er zitiert einen früheren britischen Premier, „dass es das erste Gesetz der Politik sei, nicht in Afghanistan einzumarschieren. Eine ähnliche Lektion hat die Sowjetunion in den 1980er Jahren in einem neunjährigen Krieg gelernt ...“ Nun also der Scherbenhaufen US-amerikanischer, westlicher Politik. „Was als Werbung für humanitäre Interventionen begann, diskreditierte das Konzept.“<sup>2</sup> Die Frage, die Patten nicht stellt: Die Sowjetunion ging auch „dank“ ihrem Krieg in den Bergen Afghanistans unter, ein Schicksal, dass nun auch dem Westen droht?

Es bleiben oft kleinkarierte Einschätzungen, die wenig hinter die blutige Fassade blicken, die unser Bild vom den Land am Hindukusch verdeckt. Die meisten

---

<sup>1</sup> Eine erste gekürzte Fassung dieses Beitrags erschien in „junge Welt“ vom 17. September 2021.

<sup>2</sup> Chris Patten: The Wages of Defeat in Afghanistan. In: Project Syndicate. New York, Aug 31, 2021 - <https://www.project-syndicate.org/commentary/lessons-of-western-retreat-from-afghanistan-by-chris-patten-2021-08> [Stand: 02.09.2021].

sogenannten Analysen drücken sich vor dem Zusammenhang von imperialistischer und neokolonialer Politik, den Spätfolgen der Systemauseinandersetzung, den Abhängigkeiten in der „westlichen Gemeinschaft“ und der schlichten weißen, rassistischen Überheblichkeit.

## **Afghanistan als Kollateralschaden der Blockkonfrontation**

Schon lange sind es weniger die Briten, die dieses Spiel spielen.<sup>3</sup> Es sind US-Amerikaner, Chinesen, Russen, Inder und Pakistani, die wissen, wie wichtig die Länder zwischen Nahost und Indien, zwischen Russland mit den sowjetischen Nachfolgestaaten und China sind. Sie bieten Transitwege, sind reich an Rohstoffen. Aber Staaten wie Afghanistan oder Irak sind wirtschaftlich schwach und politisch zerrissen. Doch sie haben, wie es heute so schön heißt, Potential für künftige Rohstoffausbeutung, für Auto- und Eisenbahnen, Pipelines. Sie sind, wenn man sie beherrscht oder zumindest kontrolliert, ideale Aufmarschräume für Militär, regulär und noch mehr irregulär, aus den westlichen Großmächten und erst recht von angeheuertem „Freiheitskämpfern“ gegen die Feindstaaten Russland und China.

Kaum einer mag sicher erinnern: Der Krieg begann vor über 40 Jahren: Im Februar 1980 posierte der US-amerikanische präsidentiale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski am Chaiber-Pass mit einem Maschinengewehr, zielend auf Afghanistan, das gerade mit sowjetischer Hilfe seine Revolution zu verteidigen suchte. Im Gepäck hatte der US-Emissär die Fortsetzung und Vertiefung der schon vor dem sowjetischen Eingriff begonnenen finanziellen und logistischen Unterstützung der gegen die Kabuler Zentralregierung, ihre sozialen Reformanstrengungen und nunmehr auch sowjetische Verbündeten gerichteten Mudschahidin. Ein gewisser Osama bin Laden erhielt hier seinen ersten tiefen Einblick in das Terrorgeschäft, nur nannte es sich Freiheitskampf. Das gilt auch für viele aktuelle Führer der Taliban. Dank großzügiger Hilfe durch den CIA, Waffenlieferungen – u.a. auch tragbare, effektive Flugabwehrraketen - konnten diese Kämpfer mit Hilfe der Dollars und Allahs ihre Gegner in Schach halten und zurückdrängen. Aus dieser Zeit rühren auch die Erfahrungen des BND, der gemeinsam mit anderen westlichen Diensten Afghanen gegen Afghanen und vor allem Sowjets ins Feld schickte. „Operation Sommerregen“<sup>4</sup> war der prosaische Name dieser Aktion, die weniger humanitäre als handfeste Kampf- und Spionageaufgaben bezüglich sowjetischer Waffen beinhaltete.

## **Eine gescheiterte Revolution**

Im April 1978 hatte in Afghanistan die prosozialistische und prosowjetische Demokratische Volkspartei Afghanistan (DVPA) mit Hilfe junger Militärs einen

---

<sup>3</sup> Einen knappen Einblick in die Geschichte liefert: Conrad Schetter: Kleine Geschichte Afghanistans. München 2017, 4., akt. u. erw. A.

<sup>4</sup> Siehe das halbherzige Eingeständnis durch den Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes und Staatssekretär im Bundeskanzleramt auf eine Anfrage des Abg. André Hahn vom 01.09.2021 in: Bundestag Drucksache 19/32251, S. 1.

Umsturz ausgelöst.<sup>5</sup> Auch wenn es heute anders erzählt wird: Das Afghanistan dieser Zeit war keine Demokratie-Idylle, die Macht lag fest in den Händen weniger reicher Familien. Ein aufstrebendes Bürgertum in den Großstädten kontrastierte mit einem armen, rückständigen Land. Massenproteste wandten sich gegen die autoritäre Machtausübung, wollten sozialen Wandel.<sup>6</sup> Der Vorabend der Saur-Revolution<sup>7</sup> war durch Straßenproteste und staatliche Repression gegen Linke geprägt. Nun sahen die Genossen die Gelegenheit für eine soziale Revolution.

Ihre Ziele waren die auch anderer links gerichteter Bewegungen und Parteien in Staaten der „Dritten Welt“: Zerschlagung der feudalen und kapitalistischen Strukturen, Zurückdrängung der Religion und ihrer Funktionäre, schrittweise Vergesellschaftung der Wirtschaft auch auf dem Lande, demokratische Verhältnisse jenseits der feudalen und Stammesstrukturen, breite Bildung für Männer wie Frauen, eine aktive Rolle der Frauen. Sie schrieben sich Bodenreform, Alphabetisierung, die Befreiung der Frauen auf die Fahne.

Auch wenn es schnell so dargestellt wurde, der Umsturz durch die DVPA hatte wenig mit Moskauer Absichten zu tun. Bemerkenswerterweise schrieb Wladimir I. Lenin schon 1919 an den damaligen afghanischen Emir, später König: „Seit den ersten Tagen des ruhmvollen Kampfes des afghanischen Volkes um seine Unabhängigkeit hat die Arbeiter-und-Bauern-Regierung Rußlands die Neuordnung der Angelegenheiten in Afghanistan sofort akzeptiert, dessen völlige Unabhängigkeit feierlich anerkannt und seinen Vertreter geschickt, um eine ständige und stabile Verbindung zwischen Moskau und Kabul herzustellen.“

Der sowjetische Revolutionsführer verband dies mit Hoffnungen, denn „gegenwärtig ist ... Afghanistan der einzige unabhängige mohammedanische Staat in der Welt, und das Schicksal überträgt dem afghanischen Volk die große historische Aufgabe, alle unterjochten mohammedanischen Völker um sich zu scharen und sie auf den Weg der Freiheit und Unabhängigkeit zu geleiten.“<sup>8</sup>

In den Folgezeit wurden Moskaus Erwartungen realistischer. Afghanistan als Königreich und später als Republik war nach 1945 ein passabler Nachbarstaat, der sich guter Wirtschaftsbeziehungen, aber auch sowjetischer Waffenlieferungen und der Ausbildung seiner Offiziere erfreute. Trotzdem neigten die Führer Afghanistans – vom Westen umworben – wie so manch anderes Dritte-Welt-Land dazu, zwischen den Blöcken zu lavieren.

Die Entscheidung der afghanischen Linken für die Revolution änderte die Lage

---

<sup>5</sup> Siehe zeitgenössisch: Autorenkollektiv Leiter: Hans-Joachim Radde: Revolutionäres Afghanistan Berlin 1980.

<sup>6</sup> Die wirtschaftliche Situation wurde bei den damaligen Verbündeten aufmerksam verfolgt. Siehe z.B. Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Die Volkswirtschaft Afghanistans. Beiträge zur Wirtschaft und Gesellschaft der Demokratischen Republik Afghanistan. Berlin 1987.

<sup>7</sup> Revolution im Monat des Stiers, also in diesem Falle Aprilrevolution am 27. April 1978.

<sup>8</sup> Renate Hertzfeldt: Unbekannte Dokumente Lenins. Brief an den Emir von Afghanistan Aman Ullah Khan. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin. H. 2003/III, S. 120-121.

drastisch. Sie reagierte auf ein autoritäres Regime, das wenige Jahre zuvor den König wegputschte, aber die Macht der feudalen und bürgerlichen Eliten nur modernisierte und trotz mancher sozialer Phrasen die eben noch umworbene Linke begann auszuschalten. Die wehrten sich. Nun waren Linke, ihrem Selbstverständnis nach Kommunisten, in Kabul an der Macht und suchten die Nähe zur Sowjetunion zu vertiefen. Sie stützten sich auf Intellektuelle, auf kritische Teile der Mittelschichten, lösten zunächst Enthusiasmus und Veränderungswillen aus.

Wenn es da nicht zwei miteinander verwobene Probleme gäbe, die hier nur anzuzeigen sind: *Einmal* war die DVPA keineswegs ein linker Monolith. Sie war in sich zerstritten, was sich alsbald nicht allein in Streitereien, sondern in massiven, auch tödlichen Konfrontationen niederschlug.<sup>9</sup> Die Fraktionen bekämpften sich bis aufs Blut und der erste Revolutionspräsident Nur Muhammad Taraki wurde von seinen Parteigenossen ermordet. Moskau wollte retten was noch zu retten war. Die einsame Entscheidung eines kleinen Klüngels um den sowjetischen Partei- und Staatschef Leonid Breschnew zum Jahreswechsel 1979/80 mit eigenen Truppen in die Auseinandersetzungen der Bruderpartei und in Afghanistan einzugreifen hatte verhängnisvolle Konsequenzen, vor denen in Moskau die Spezialisten ungehört gewarnt hatten. Die eigentliche Militäraktion war erfolgreich. Der Mörder Tarakis und extremistische Einpeitscher Hafizullah Amin, Nachfolger Tarakis im Präsidentenamt, konnte liquidiert werden. Der einstige Maoist hatte sich zwischenzeitlich den USA zugewandt.<sup>10</sup> Sowjetische Truppen sicherten das Funktionieren der politischen Macht. Aber schnell wurde aus dem schon laufenden, vom Westen unterstützten Bürgerkrieg der Besitzenden und Verleiteten, kaschiert durch den Islam, ein Krieg gegen die Besatzungsmacht der Ungläubigen.<sup>11</sup>

Das *zweite* Problem war mit diesen Auseinandersetzungen verbunden. Konnte ein radikales Programm der sozialen Umgestaltung zur Not mit Härte und Rücksichtslosigkeit umgesetzt werden? Halfen die maoistischen Einflüsterungen oder die Erinnerung an die Sowjetisierung Mittelasiens in den 1920/30er Jahren wirklich? Musste oft ungeschickt provozierte politischer Widerstand mit Gewalt gebrochen werden, zumal schnell deutlich wurde, dass die Besitzenden Rückhalt jenseits der Grenzen fanden?

Fakt ist, die soziale Umgestaltung der alten feudalen, patriarchalen Strukturen konnte keineswegs so rasch erfolgen wie gewünscht. Die Jahre 1978/79 waren

---

<sup>9</sup> Siehe Anthony Arnold: Afghanistan's two-party communism. Parcham and Khalq. Stanford, Calif. 1983.

<sup>10</sup> Die Vermutung, dass dies nur sowjetische Schutzbehauptungen wären sind inzwischen durch veröffentlichte Dokumente widerlegt: Siehe u.a. National Security Archive: Declassified Documents Show Moscow's Fear of an Afghan Flip, U.S. Diplomat's Meeting with Afghan Leader Helped Put Soviets Over the Edge. In: NSA Briefing Book #657, Jan 29, 2019 - <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/afghanistan-russia-programs/2019-01-29/soviet-invasion-afghanistan-1979-not-trumps-terrorists-nor-zbigs-warm-water-ports> [Stand: 10.09.2021].

<sup>11</sup> Siehe David N. Gibs: Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979. In: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg. Bd. 1. Hamburg 2006, S. 291-314.

durch einen linksradikalen Sturmlauf geprägt, der die guten Absichten durch das Ausblenden von Traditionen, von langen Lernprozessen, von persönlichen und Stammesbindungen in ihr Gegenteil verkehrte. Bei nicht wenigen Afghanen provozierte das Feindschaft gegen Kabul, gegen die Städter, die Intellektuellen, die Machthaber. Eine wirklich soziale Revolution wurde durch eigenes Verschulden gescheitert und bot antikommunistischen Besitzstandswahrern diesseits und jenseits der Grenzen alle Chancen.

Sicher, der sowjetische Einfluss und die sich nun durchsetzenden realistischeren Kräfte in DVPA und Staat sorgten für einen Lernprozess. In den folgenden Jahren wurde die Radikalität der Umgestaltung gemildert. Nun wurde Unterstützung in den Stammesstrukturen gesucht, teilweise gefunden. Aber die Nachwirkungen der radikalen Anfangsphase verbanden sich schnell mit den Konsequenzen des von außen geschürten Bürgerkriegs. Blut floss, Befriedigungsaktionen waren nicht so selektiv wie gehofft. Letztlich scheiterten sowjetische Kriegsführung und solidarische Aufbauberatung für die afghanischen Genossen. Der heute gern zitierte Rückzug der Sowjetarmee, ausgelöst durch die Perestroika und Zugeständnis Gorbatschows für bessere Beziehungen zum Westen, verlief im Vergleich zur Flucht der US-geführten Allianz heute fast planmäßig.<sup>12</sup> Moskau hoffte, dass die Afghanen ihre Probleme selbst lösen würden. Der neue starke Mann an Spitze von Staat und DVPA, Mohammed Nadschibulläh, erwies sich als gewiefter Taktiker, der zunächst durch ein Abschwächen des sozialen Umbruchs und dem Hinwenden zu den Stämmen Chancen für einen friedlicheren Weg zu gewinnen schien.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Abwendung der Weltöffentlichkeit einschließlich der UNO von den afghanischen Problemen sorgte für jene Wirren, die seine Macht 1992 endgültig stürzte und den Weg ebnete für den Erfolg der Mudschahidin und schließlich der Taliban in einem weiteren Bürgerkrieg unter nationalistischen und ethnischen Vorzeichen. Nicht mehr die Ideologie oder neue Gesellschaftsformen, sondern die nackte Macht von Warlords, und westlichen Marionetten sollten bestimmen. Erst mit der Invasion der US-geführten Allianz 2001 wurden die Fronten geklärt, der Wildwuchs von Bewegungen und Banden – wie Washington meinte – zerschlagen und eine US-genehme Führung installiert. Unter dem Deckmantel von Demokratisierung und Befreiung entstand ein Regime, das einerseits in der westlichen Propaganda den Triumph der Demokratie feierte, andererseits die alten feudalen und kapitalistischen Machtverhältnisse zementierte.

Der innere Widerstand in Afghanistan war wesentlich ein Werk Washingtons und anderer westlicher Mächten. Denn dort ging wie stets in Zeiten der Systemkonfrontation die Angst vor dem kommunistischen Gespenst und dem geostrategischen Geländegewinn der roten Supermacht um. Nicht mehr Berlin oder Kuba oder Vietnam stand im Mittelpunkt der Konfrontation der Supermächte und ihrer Blöcke, sondern das bergige, staubige Land der Paschtunen und der vielen Völkerschaften.

---

<sup>12</sup> Rodric Braithwaite: *Afgantsy. The Russians in Afghanistan 1979-89*. London 2012.

## Religion macht Weltpolitik

Zu oft wird ausgeblendet, dass sich in den ausgehenden 1960er und in den 1970er Jahre die weltpolitischen Konstellationen auch in der Systemkonfrontation verschoben. Die strikte Konfrontation kapitalistischer Ideologie und Gesellschaftsgestaltung mit linken, sozialistischen und kommunistischen Positionen und Strukturen begann zu zerbröseln. Waren soziale Kämpfe in den westlichen Metropolen und erst recht in den gerade von kolonialer und anderer Abhängigkeit befreiten bzw. sich befreienden Ländern Asien, Afrikas und Lateinamerikas bislang durch eine Verbindung von linken, oft an den sowjetischen oder chinesischen Vorbildern orientiert, so deren Strahlkraft nachgelassen. Selbst der oft verbindende Nationalismus verlor. Das hatte entscheidend mit der zunächst im Westen, bald aber auch im Ostblock erkennbaren Krise der Ideologie und dem Hinterherhinken hinter westlicher Wirtschaftskraft zu tun. Dies war kein Prozess, der von dem einen auf den anderen Tag umschlug. Die sowjetischen Erfolge in Weltraumfahrt und Militärtechnik verdeckten noch, dass die östlichen Gesellschaftsmodelle sich nicht weiterentwickelten. Zu deutlich wurde, dass es dort eine Diskrepanz zwischen dem ideologischen Anspruch und den materiellen Möglichkeiten gab. Das betraf auch die Fähigkeit, nach der staatlichen Unabhängigkeit der einstigen Kolonien und abhängigen Staaten nun auch soziale Befreiung in jeden Ländern ökonomisch zu begleiten, die gerade erst den Weg aus Abhängigkeit, Unterdrückung und Rückständigkeit eingeschlagen hatten.

1978/79 entschied sich im benachbarten Iran diese neue Tendenz. Als Antwort auf die immer unerträglicher empfundene westliche Bevormundung für einen gesellschaftlichen Wandel hin zu modernen, kapitalistischen, nicht mehr feudal geprägten Gesellschaften mit ihren sozialen Konflikten, dem Umstand, dass die besitzenden Schichten immer reicher wurden und die Verlierer dieses Wandels immer ärmer, des Auflösens der sozialen Bindungen in der Gesellschaft wurde ein uraltes Ideologie- und Machtelement erfolgreich – die Religion in Gestalt des Islam.

Dessen Führer versprachen ein Ende der sozialen Verwerfungen, eine neue Gemeinschaft von Gläubigen ungeachtet ihrer sozialen Unterschiede und Konflikte, eine bessere Zukunft – vielleicht auch erst im Paradies. In der Praxis erwiesen sich diese neuen Kräfte um Ajatollah Ruhollah Chomeini als sehr weltlich machtsicher. Sie drängten die westlichen Einflüsse zurück und schalteten rücksichtslos die linke Konkurrenz im Ringen um das Erbe der Schah-Macht aus. Die Tudeh-Partei, die wichtigste linke Partei des Irans, und andere linke politischen Kräfte wurden brutal bekämpft und weitgehend ausgerottet. Die Besetzung der US-Botschaft und die Geiselnahme von US-Diplomaten im Winter 1979/81 markierten auch nach außen hin die Konfrontationsbereitschaft dieser neuen Ordnung unter der grünen Fahne Allahs. Es gehört zu den verhängnisvollen Fehldeutungen der Geschichte, wenn heute die Zäsur im Verhältnis von „Islamismus“ und „freiheitlichem Westen“ in das Jahr 2001 verlegt wird. 9/11, jener Terroranschlag offensichtlich von den Saudis finanziert und zumindest lange – seit dem Krieg der Mudschahidin gegen afghanische Regierung und Sowjettruppen – von den USA und der CIA ausgebildeten Kämpfer nun die imperialistischen Hauptmacht in ihrem Herzen

angriff, ist nur ein spektakulärer Nachklang. Denn der Iran steht für den älteren und viel inhaltsreicheren Bruch als der, den fanatisierte Islamanhänger verüben konnten. Dieser Konflikt liegt eben deutlich tiefer, war die Antwort auf die koloniale und halbkoloniale Unterwerfung in diesem Falle der arabischen (und also muslimischen) Welt, die auch in ihrer neokolonialen Ausgestaltung seit den 1960er Jahren als fremde Bedrohung empfunden und erlebt wurde.

Anzumerken bleibt, dass diese politische Reaktivierung und Radikalisierung unter religiösen Vorzeichen keineswegs ein Privileg von Muslimen ist. Evangelikale Verteidiger der Freiheiten der USA einschließlich des militanten Schutzes ungeborenen Lebens, die religiös argumentierenden Verfechter eines geteilten Irlands, die Verfechter eines biblischen Groß-Israels oder die Verteidiger der montegrinischen Unabhängigkeit gegen eine serbisch-orthodoxe Vorherrschaft zeigen bis in diese Tage die Lebendigkeit dieser Konfliktverschiebungen und die weitergehende Ohnmacht auch linker Parteien, Begegnungen und Ideologen.

### **Nation Building, Regime Change – mit Afghanistan erledigt?**

Der US-Präsident Joe Biden hat am Tag des Abzugs des letzten regulären US-Soldaten sein Fazit aus zwei Jahrzehnten offenen US-Engagements gezogen. Derer sieht er zwei: „Erstens müssen wir Missionen mit klaren, erreichbaren Zielen festlegen - nicht solchen, die wir nie erreichen werden. Und zweitens müssen wir uns klar auf die grundlegenden nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten von Amerika konzentrieren. Bei dieser Entscheidung über Afghanistan geht es nicht nur um Afghanistan. Es geht darum, eine Ära großer militärischer Operationen zu beenden, um andere Länder neu zu gestalten.“<sup>13</sup>

In der Stunde der Niederlage kommen solche Folgerungen leicht über die Lippen. Und sie sind in Washington zweifellos wichtiger als die seltsamen Selbsterfleisungen deutscher Politiker, die sich über die eigene Schwäche der Bundeswehr, die schlampige Organisation des Abzugs vor allem bezüglich der „Ortkräfte“, also jener Afghanen, die mit deutschen Sicherheitskräften und Hilfsorganisationen kollaboriert haben, und die Unfähigkeit, den raschen Sieg der Taliban rechtzeitig zu erkennen. Es entschuldigt keinen SPD-, Grünen- oder CDU-Politiker, die seit 2001 den deutschen Einsatz in Afghanistan mit entschieden und mitgetragen haben – wie auch nicht wenige andere fragwürdige deutsche Militäreinsätze out of area. Bundesrepublik wie EU waren und sind Anhängsel der USA, gelegentlich mit eigenen Interessen auch in Afrika oder Asien, die meist die eigenen Ressourcen noch überfordern. Aber eben nur Anhängsel, die nur mit dem „großen Bruder“ jenseits des großen Teichs siegen können, aber auch mit ihm verlieren, weil sie keinen eigenen Willen haben Politik und vielleicht Frieden zu machen.

Der US-Ökonom James K. Galbraith hat mit seiner sarkastischen Feststellung natürlich recht: „Im Krieg ging es von Anfang an nur um Politik, nicht in Af-

---

<sup>13</sup> Remarks by President Biden on the End of the War in Afghanistan. August 31, 2021 - <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan/> - eig. Übersetzung. StB. [Stand: 10.09.2021].

ghanistan, sondern in den Vereinigten Staaten. Afghanistan war immer nur ein Nebenschauplatz. Nach offizieller Darstellung wurden die Terroranschläge vom 11. September 2001 von den USA aus verübt, und zwar von Personen, die sich in Florida ausbilden haben lassen. Die meisten der bekannten Täter waren Saudis. Der Al-Qaida-Führer Osama bin Laden hatte sich nach seiner Flucht aus dem Sudan in Afghanistan niedergelassen; bald darauf ging er weiter nach Pakistan, wo er für den Rest seines Lebens blieb.“<sup>14</sup> Aber die verbündeten spielten immer mit und trugen ihre Haut zu Markte, von den Verlusten der afghanischen Zivilbevölkerung ganz zu schweigen.

Schaut man sich Bidens Schlussfolgerungen genauer an so fällt auf: Das große Nation Building, eigentlich der große System Change mit militärischen Mitteln steht wohl auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung. Böse Zungen behaupten, dass seit 1945 bis auf die Invasion Grenadas 1983 keiner dieser Kriege – von Korea über Vietnam bis Afghanistan oder dem Irak für die USA geschweige denn für die Betroffenen, umzuerziehenden Länder glücklich ausging. Weder gelang es das US-amerikanische, kapitalistische System in der gewünschte Form dauerhaft überzustülpen, noch dauerhaft Wohlstand oder gar Demokratie zu implementieren, wie es so schön und entlarvend heißt.

Diese Form von Menschheitsbeglückung mit „Freedom and Democracy“, mit den US-amerikanischen, kapitalistischen Menschenrechten und Freiheiten ist moderner praktizierter Imperialismus. Das schließt nicht aus, dass im Zuge dieser Missionen Teile der örtlichen Bevölkerung zu einigem materiellen Wohlstand kommen können, dass bestimmte, d.h. besitzenden und militärisch wie politisch an den Schalthebeln sitzenden Akteure erfolgreich korrumpiert werden können und für die Bürger durchaus Zugewinne an demokratischen Freiheiten und Rechten, auch Frauenrechten, abspringen können. Aber – das ist auch Biden klar, das hätte auch entsprechend den Bundestagsmandat von 2001 auch deutschen Politikern und vor allem der Öffentlichkeit klar sein können: Es gab immer klare ökonomische, militärische und politische Ziele, die die betreffenden Länder unter westlichen Einfluss bringen sollten und wie im Fall Afghanistan eine konkrete terroristische Bedrohung eliminieren sollte, die man eigentlich selbst gezüchtet hatte. Das war auch in dem entsprechenden Antrag der Bundesregierung für ein Einsatzmandat nicht anders formuliert: „Dazu beteiligt sich die Bundeswehr an der Operation *Enduring Freedom*. Diese Operation hat zum Ziel, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten. Deutsche bewaffnete Streitkräfte tragen dazu mit ihren Fähigkeiten bei. Der Beitrag schließt auch Leistungen zum Zweck humanitärer Hilfe ein.“<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Galbraith, James K.: In Afghanistan ging es immer um amerikanische Politik. In: Project Syndicate. Aug 20, 2021 - <https://www.project-syndicate.org/commentary/afghan-war-was-about-us-politics-by-james-k-galbraith-2021-08/german> [Stand: 10.09.2021].

<sup>15</sup> Antrag der Bundesregierung auf Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (07.11.2001), in: documen-

Und wenn jemand, wieder der damalige Bundespräsident Horst Köhler, sich freimütig – und nebenbei entsprechend des öffentlich zugänglich Weißbuches der Bundeswehr 2006<sup>16</sup> erklären, „dass ... wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern“ ist Ärger vorprogrammiert.<sup>17</sup> Köhler hat diese Aussage 2010 eine gute Woche später den Job gekostet.

Viele hängen heute die Hoffnung an, dass nach diesem desaströsen Ende der Beglückung Afghanistans die Karten neu gemischt werden, vor allem auf Dauer es für die USA und ihre Verbündeten schwer wird politisch genehme Akteure zu finden, die sich auf dieses risikovolle Bündnis mit der Supermacht und ihren noch weit unzuverlässigeren und schwächeren Vasallen einzulassen: Nicht immer wird ein Hubschrauber für sie bereitstellen, der sie mit Familie und Geldballen in Sicherheit bringen würde.

Kurzfristig mögen eine Zurückhaltung von US-Politik und ein Zurückschrecken vor Abenteuern einsetzen. Aus US-Sicht geht es aber nicht um die Preisgabe der Einflussnahme auf die Politik anderer Staaten. Das Modell der „Samtenen Revolution“ ist von Kiew bis Belgrad erfolgreich, an anderen Orten weniger erfolgreich erprobt. An Geld für solche Aktionen wird es ebenso wenig mangeln wie an zu gewinnen Dissidenten. Und die inneren Widersprüche und Konflikte von Minsk bis Hongkong sorgen dafür, dass aus berechtigtem Unmut systemsprenge Opposition keimen kann. Und die Fahne der Menschenrechte deckt die Widersprüche und Konflikte mit den westlichen Mächten wie die wirtschaftlichen und geostrategischen Absichten leicht zu.

Und sicher werden US-Planer in Pentagon oder in Langley, dem Sitz der CIA, durchaus der Niederlage und den Risiken für das eigene terroristische Land etwas Positives abgewinnen können. Denn nun sitzt eine aggressive Gemengelage ideologischer und subversiver Gestalt an den Grenzen von Russlands mittelasiatischen Verbündeten wie an den Grenzen Chinas bereit, diesen konkurrierenden Großmächte nicht nur Nadelsticke zu versetzen. Zu überlegen ist auch, dass die durch die westliche Interventionspolitik und Einmischungspolitik zerstörten Staaten, die Failed States von Libyen bis zum Irak oder Somalia für globale im-

---

tArchiv.de [Hrsg.], URL: <http://www.documentArchiv.de/brd/2001/bundesregierung-antrag-bundeswehr.html> [Stand: 10.09.2021].

<sup>16</sup> Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin 2006, hier S. 24f.

<sup>17</sup> Horst Köhler: „Sie leisten wirklich Großartiges unter schwierigsten Bedingungen“. Bundespräsident Köhler nach seinem Besuch in Afghanistan. In: Deutschlandradio 22.05.2010 - [https://www.deutschlandradio.de/sie-leisten-wirklich-grossartiges-unter-schwierigsten.331.de.html?dram:article\\_id=203276](https://www.deutschlandradio.de/sie-leisten-wirklich-grossartiges-unter-schwierigsten.331.de.html?dram:article_id=203276) [Stand: 10.09.2021].

periale Machtgelüste so unpraktisch nicht sind. Hier kann Einfluss genommen werden, können Banden formiert und Rohstoffe ausgebeutet werden, ohne wirkliche staatliche Autorität fürchten zu müssen. Und es bleibt die Option des „großen Krieges“.

In Bonn und Brüssel denken Bundesregierung, EU und NATO darüber nach, wie neben den USA auch bei ihnen neue militärische Potentiale vom Bundessicherheitsrat bis zu Eingreifverbänden oder Lufttransportkapazitäten und Welt-raumauflklärung aufgebaut werden könnten, genauer, die bereits eingeleiteten Rüstungsschritte zu forcieren sind. Keine guten Aussichten für das Lernen aus Fehlern und Niederlagen

In Moskau ist sich die Führung dieser Risiken sehr wohl klar: „20 Jahre – 20 Jahre! – amerikanische Truppen waren auf diesem Territorium präsent und versuchten 20 Jahre lang – man kann das ohne Beleidigung sagen – die dort lebenden Menschen zu zivilisieren, ja sogar eigene Normen und Lebensstandards im weitesten Sinne des Wortes einzuführen, auch in der politischen Organisation der Gesellschaft. Ergebnis? Einige Tragödien, einige Verluste für diejenigen, die es getan haben, für die Vereinigten Staaten und noch mehr für die Menschen, die in Afghanistan leben. Das Ergebnis ist Null, wenn nicht sogar negativ alles gelaufen ist.“

Aus eigener, sowjetischer Erfahrung ist Putin klar: „Wenn jemand etwas in Bezug auf jemanden tut, dann muss er von der Geschichte, Kultur, Philosophie, im weitesten Sinne des Lebens dieser Menschen ausgehen, muss sich ihren Traditionen mit Respekt nähern. Sie müssen verstehen, dass es unmöglich ist, von außen etwas aufzuzwingen. Die Situation muss reifen.“<sup>18</sup>

Auch wenn in den 1980er Jahren die afghanische Revolution und ihre sowjetischen Helfer scheiterten, an den eigenen Fehlern wie an dem von außen geschürten Bürgerkrieg: Es war eine soziale Bewegung, die breiten Teilen des afghanischen Volkes soziale Verbesserung, demokratische Einflussnahme auf ihr Leben, soziale Gerechtigkeit bringen sollte. Das westliche Zivilisieren, sowieso nur Alibi für die militärische Besetzung des Landes und den Kampf gegen den Terrorismus hatte wenig mit den Ideen einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft zu tun. Kapitalistische Werte brauchen sicher möglicherweise ein demokratische Mäntelchen, aber Demokratie ohne dauerhafte und breite Verbesserung der sozialen Lage der Menschen, ohne solidarische Strukturen, ohne soziale Gerechtigkeit ist immer wieder fragwürdig und fragil – egal ob in Afghanistan oder in Ostdeutschland. Es ist nur die Frage, wer es für seine politischen Ziele auszunutzen vermag. Die zerstrittene, unentschlossene Linke in der Regel nicht.

---

<sup>18</sup> Vstrecha so shkol'nikami. Vladivostok. 1 sentjabrja 2021 goda - <http://kremlin.ru/events/president/news/66554> - eig. Übersetzung. StB [Stand: 10.09.2021].